

Unabhängige Bauernzeitung



Organ des Österr. Unabhängigen Bauernverbandes

59. Jahrgang / Heft 126 • www.ubv.at • Dezember 2018

Freiheit wird nie geschenkt, immer nur gewonnen.
Heinrich Böll

COPA-Treffen in Linz, UBV war erstmals dabei

Der Dachverband der europäischen Landwirte, COPA, und der Dachverband der landwirtschaftlichen Genossenschaften, COGECA, luden zum Kongress ins Linzer Design Center, und ca. 350 EU-Agrarpolitiker und Experten folgten dem Ruf.



ÖR Johann Großpötl (l) und ÖR Karl Keplinger (r) mit dem Präsidenten der COPA und des Deutschen Bauernverbandes Joachim Rukwied (mitte)

Wichtigstes Ergebnis: Am Ziel einer modernen, nachhaltigen EU-Agrarpolitik wird nicht gerüttelt! Dazu wurde ein ausreichend dotiertes Agrarbudget von 2021 bis 2027 gefordert. Präsident Joachim Rukwied betonte, dass bäuerliche Familien das Rückgrat des ländlichen Raumes sind und deshalb die Gemeinsame Agrarpolitik der nächsten Landwirte-

generation Zukunftsperspektiven geben muss.

Noch vor der nächsten Europawahl (voraussichtlich 23.–26. Mai 2019) soll der „Mehrjährige Finanzrahmen 2021 bis 2027“ nach Meinung von Agrarkommissar Phil Hogan geklärt sein. Er sicherte zu, Kürzungen und deren Auswirkungen auf ein Minimum zu redu-

zieren, denn „die europäischen Landwirte müssen für ihre Leistungen vernünftig entlohnt werden.“

Ausreichend Mittel für den ländlichen Raum sind also gefordert, und hier blockiert die österreichische Regierung, indem sie eine Anhebung der Beiträge auf maximal 1 % des Nationaleinkommens begrenzen will. Diese Blockadehaltung muss aufhören, das ist eine Grundforderung des COPA-Vizepräsidenten und Gastgebers des Kongresses, Franz Reisecker.

Die Landwirtschaft für junge Leute attraktiv zu machen ist eine der wesentlichen Aufgaben der zukünftigen GAP. Rückendeckung für diese Forderung kommt von der OECD, denn deren stellvertretende Generalsekretärin, Marie Kviniemi, spricht sich dafür aus, dass Investitionen in Innovation, Nachhaltigkeit und Widerstandsfähigkeit im Vordergrund stehen müssen, um Europas Landwirtschaft zukunftsorientiert weiter zu entwickeln.

Mercosur – die Diskussion geht weiter!

Die in der letzten Ausgabe vorgestellten Statements zum Stand der Mercosur-Verhandlungen sind nicht das Ende der durch das Memorandum des UBV angeregten Diskussion. Dieses Thema gärt noch, und so bringen wir eine weitere aktuelle Stellungnahme.



Foto: Land OÖ

**Landesrat Max Hiegelsberger,
Linz**

Gut ausgehandelte Freihandelsabkommen können sowohl für die Landwirtschaft als auch für die Gesamtwirtschaft eine Chance darstellen. Der aktuelle, veröffentlichte Stand zu den Mercosur-Verhandlungen zeigt dies jedoch nicht an.

Unsere kleinstrukturierten, bäuerlichen Familienbetriebe können mit den großen Farmen in Südamerika nicht konkurrieren. In den Mercosur-Staaten wird unter deutlich niedrigeren Standards und Kosten als bei uns gewirtschaftet. Die heimische Landwirtschaft produziert mit einem dichten Netz aus Kontrollen – Qualität

und Sicherheit der Lebensmittel haben höchste Priorität. Diese Qualität und Sicherheit wird von den Konsumenten auch aktiv nachgefragt. Die EU-Kommission muss deshalb die Interessen der Landwirtschaft wie auch der Verbraucher strikt wahren.

Für mich steht fest, dass die Bauernschaft nicht zum Opfer eines überbordenden Freihandels werden darf. Es darf kein Abrücken von den europäischen Lebensmittel- und Verarbeitungsstandards geben. Trotz großer Vorbehalte ist es wichtig, weiter am Verhandlungstische zu sitzen.

Verspielte VP/FP Bauernhoffnung

Im VP/FP Regierungsprogramm findet man leider keine Absicht, die vom VP-Bauernbund gestrichenen – und in anderen EU-Ländern gewährten – Tierprämien und die Dieselsteuerrückvergütung wieder zu gewähren.

Die vom UBV wiederholten Forderungen, die gesetzeswidrig erhöhten Einheitswerte zurück zu nehmen, da die Ertragswerte in den letzten Jahren um bis zu 40 % gesunken sind, fehlen. Auch die erhöhten Sozialversicherungsbeiträge

sind oft nicht mehr leistbar. Dazu gibt es in Österreich rund 1.000 AMA-Bedienstete, die kontrollieren sowie Sanktionen und Strafen verordnen. Das ist gewollter Bauernschach.

Weil mit jahrelangen Versprechungen, Jammern, Zuschauen und Zuwarten für uns keine Veränderungen zu erwarten sind, bleibt uns Betroffenen nur der gewerkschaftliche Kampf, wie in anderen erfolgreichen Berufen, um unsere Situation zu verbessern.

Obwohl seit dem EU-Beitritt ca. 125.000 Betriebe in Österreich aufgegeben wurden und kein Ende in Sicht ist, lehnen die politischen Bauernorganisationen und die Landwirtschaftskammern berechnete Bauernforderungen ab. So sind leider auch unsere Landwirtschaftskammern zu „Sterbe-Begleitungs-Unternehmen“ verkommen.

Albert Brandstetter, Ternberg

UBV Steiermark

So steht der Bauernstand vor dem Aus!

Die aktuellen Spielregeln und Rahmenbedingungen sind für bäuerliche Familienbetriebe nach unserem Verständnis der sichere Tod. Es ist höchst an der Zeit, dass die Politik die Rahmenbedingungen ändert, und zwar europaweit!

In Europa stimmt das Gleichgewicht in der Agrarwirtschaft nicht. Niedrigste Lohnkosten in Osteuropa sowie große Strukturen – geführt von Industriekonzernen in Gunstlagen – spielen die bäuerlichen Familienbetriebe, vor allem jene in benachteiligten Gebieten gnadenlos an die Wand. Das Ergebnis ist das Aufgeben tausender – von Familien bewirtschafteter – Betriebe. Die Ursache liegt in einer falschen GAP.

Der UBV fordert daher eine Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) in der EU. Das aktuelle GAP-System fördert vor allem Konzernstrukturen. Wir brauchen daher neue Rahmenbedingungen. Schafft dies die GAP nicht, muss man national – also in Österreich - Landwirtschaft neu denken. Will man das nicht, dann wird es in naher Zukunft keine Versorgung mit Lebensmitteln aus Österreich für Österreicher mehr geben.

Wettbewerb braucht Spielregeln

Aktuell gibt es keine fairen Spielregeln. Man zimmerte ein System, wo auf dem Rücken der Landwirtschaft bzw. der Erzeugnisse aus der Landwirtschaft internationaler Handel betrieben wird. Man betont immer den Markt, welcher die Spielregeln mache. Doch dort herrscht nur das Recht des Stärkeren. Es gibt keine Spielregeln. Die „NEUE-GAP“ muss faire Spielregeln für die Landwirtschaft und so für die Erzeuger von Lebensmitteln schaffen.

Die Politik ist hier gefordert!

Der UBV hat am 1. August 2018 im Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus (Landwirtschaftsministerium) konkrete Vorschläge für die neue GAP-Richtlinie der EU eingebracht und eingefordert:

1. Finanzieller Sockelbetrag – für alle bäuerlichen Familienbetriebe!
2. Finanzausgleich Neu – mehr Geld für benachteiligte Gebiete, also für Bergbauern, Hügellandbauern, und kleinstrukturierte Regionen!
3. Spielregeln für den Markt – der Markt braucht Spielregeln. z.B. eine CO₂-Abgabe für den Warentransport sowie eine ehrliche Lebensmittelkennzeichnungspflicht nach französischem Vorbild. So stärkt man Regionalität!
4. Kontrollen der Warenströme – derzeit werden Waren ohne Kontrolle und falsch deklariert auf Kosten unserer Bauern wie Verarbeiter quer durch Europa gekarrt!
5. Geld für Kulturlandschaft – gepflegte Landschaft kostet Geld. Sie ist ein zentraler Faktor für den Tourismus – bisher kostenlos. Zukünftig soll man dafür einen Beitrag leisten!
6. Klimaversicherung – die Klimaveränderung trifft die Landwirtschaft am härtesten. Die Verursacher sind andere. Daher sind allfällige Schäden durch ein verändertes Klima mittels einer Klimaversicherung durch den Staat abzusichern!

7. Pauschalierungsverordnung Neu

– höhere Steuern bei weniger Ertrag gibt es nur bei den Bauern. Mit einer Pauschalierung Neu muss die Anhebung der Obergrenzen erfolgen. Wenn das Geld für Kammern oder Sozialversicherungen nicht reicht, kann man nicht trotz weniger Einkommen bei den Bauern mehr Abgaben kassieren. Da stimmt das System nicht.



LKR Johann Herbst, Fraktions-sprecher UBV Steiermark

Schlanker, effizienter, transparenter

UBV Oberösterreich

Die Kammerstrukturen sind nicht mehr so, dass sie die Interessen der Bauern widerspiegeln. Deshalb setzt sich der UBV in OÖ für eine LK-Reform ein; Wahlmodus und diverse Posten stehen zur Diskussion. Es sieht gut aus für die Vorschläge des UBV, auch wenn das den Funktionären des Bauernbundes gar nicht gefällt.

Kurz gesagt geht es um zwei Forderungen: Wahl nach einem zeitgemäßen Modus und effizientere Kammerstruktur.

Modus: Nur aktive Bauern wahlberechtigt

Wie bei anderen Kammern auch (Arbeiterkammer, Wirtschaftskammer) sollen nur aktive Kammermitglieder an der Wahl teilnehmen können. Genauer: Das Wahlrecht wird begrenzt auf Grundbesitzer mit mindestens 2 ha Grundbesitz und einer Betriebsnummer. Derzeit zahlen etwa 24.000 Bauern in OÖ Beiträge für die Pensionsversicherung bei der Sozialversicherungsanstalt der Bauern ein, etwa 40.000 haben eine Betriebsnummer. Bei der letzten Kammerwahl 2015 waren aber 136.122 Personen zur Stimmabgabe berechtigt – also auch viele, die gar keinen landwirtschaftlichen Betrieb mehr besitzen. Wie kann die Kammer die Interessen der Landwirte vertreten, wenn 2 von 3 Wahlberechtigten „weit weg“ von Hof und Boden sind? Eine Begrenzung der Wahlberechtigten macht die Kammer praxisnäher und glaubwürdiger. Praxisnah auch der Vorschlag, die LK-Wahlen generell per Briefwahl durchzuführen. Spart sicher Tausende von Anfahrtsstunden zu den Wahllokalen!

Struktur: Ohne Bezirksebene, mit Rechtsvertretung

Der UBV schlägt vor, die 15 Bezirkskammerobmänner in 14 zusätzliche Kammerräte umzu-

wandeln, womit sich die Zahl der Räte von derzeit 35 auf 49 erhöhen würde. Die Kammerräte sollen dabei Aufgaben auf Bezirksebene übernehmen. Die so mögliche Abschaffung der bisherigen Bezirksebenen könnte bis zu 500.000 Euro sparen.

Um den Besonderheiten der landwirtschaftlichen Altersversorgung Rechnung zu tragen, soll jede in der Kammer vertretene Fraktion einen Seniorenvertreter mit Rederecht, aber ohne Stimmrecht, in die Vollversammlung entsenden können.

Die Landwirtschaftskammer als Interessensvertretung soll so in der Lage sein, die Qualität der Beratung zu verbessern und – als neue, zusätzliche Aufgabe – die Landwirte bei Verwaltungsverfahren zu vertreten. Ein wichtiger Punkt, wird doch der Erfolg immer mehr am Schreibtisch und weniger auf dem Acker und im Stall gemacht. Produktionstechnische Beratung der Kammer ist wichtig – Rechtsbeistand betrieblich oft „lebensentscheidend“! Dieser zukunftsweisende Reformvorstoß des UBV mag in der Diskussion bisher wenig Beachtung finden, wird aber schon bald einigen Betrieben eine wichtige „Erste Hilfe“ sein.

Es sieht gut aus!

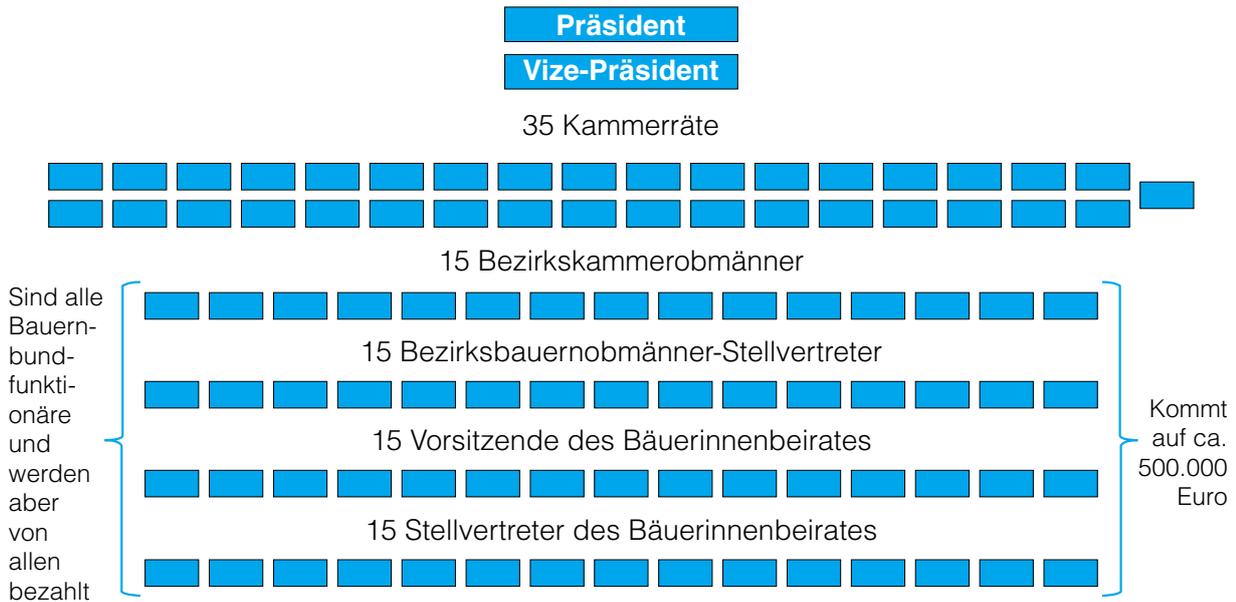
Wenig begeistert von diesen Reformideen zeigt sich der Bauernbund (wen wundert's?), doch von

den anderen politischen Kräften im Land kommt überwiegend Unterstützung. So hat sich bereits beim UBV-Landestag im Jänner FPÖ Landesparteiobmann und LH Stv. Dr. Manfred Haimbuchner sich für diese Vorschläge ausgesprochen, SPÖ-Landesrätin Birgit Gerstorfer steht „zu 100 %“ hinter dem Vorschlag des UBV. Auch die Grünen unterstützen ihn.

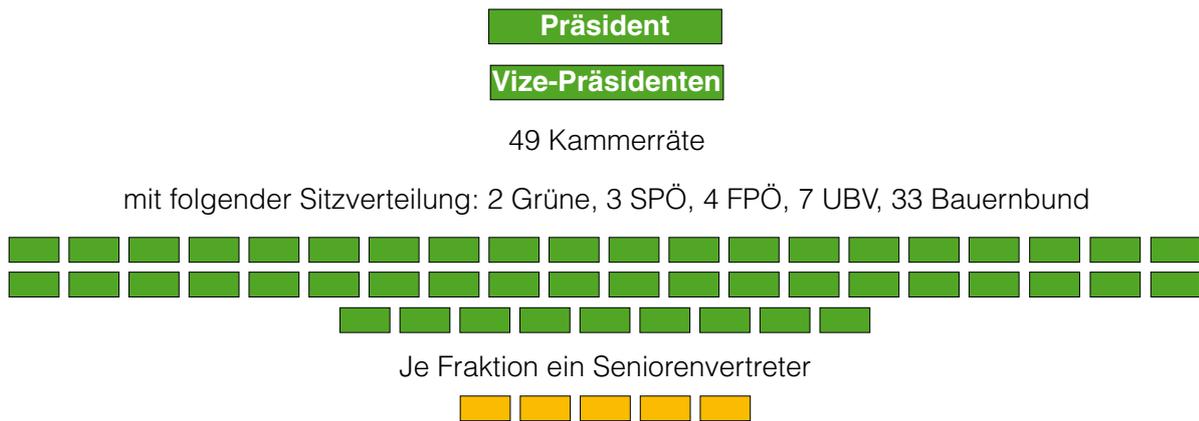
Doch diese Reform ist nicht die einzige in der Struktur der LK. Mit einer Dienststellenreform (u.a. Reduktion der 15 Bezirksstellen auf 8 in den nächsten 5 Jahren, Einsparung weiterer Dienstposten, größere Dienststellen, bessere Spezialisierung) wird auf sinkende Betriebszahlen, spezialisierterer Beratungsbedarf und Begehrlichkeiten der öffentlichen Finanzierung reagiert.

Mit dieser Dienststellenreform sieht sich der UBV mit einer alten Forderung bestätigt: Schon 2010 hatte Karl Keplinger eine Spardebatte losgetreten und gefordert, den Personalstand und die Kosten für die Agrarbürokratie zu halbieren. Nicht bei den Bauern, sondern in der Verwaltung sparen – und dennoch die Beratung verbessern. Das wurde nun umgesetzt. Hartnäckigkeit lohnt sich also auch in der Agrarpolitik. Entscheidend wird sein, ob die Freiheitlichen ihr Wahlversprechen zur Kammerreform auch im Oö Landtag umsetzen.

Derzeitige Organisation der LK OÖ



Vorschlag des UBV für die Organisation der LK OÖ



Der Kontrollausschuss soll wie in der Gemeindeordnung organisiert werden. Unser Vorschlag gleicht dem Landtagswahlrecht in Oberösterreich und der Arbeiterkammer. Der Vorschlag ist nach dem d'hondtschen-Verfahren, eine Methode der proportionalen Repräsentation um Wählerstimmen in Abgeordnetenmandate umzurechnen.

Unverständlich

Die Spielregeln unserer Demokratie sind für ehrliche und hart arbeitende Menschen oft unverständlich und frustrierend. Zu diesem Schluss kommt wohl jeder, der sowohl die „Unabhängige Bauernzeitung“ als das Bauernbundorgan liest. In ersterer wurde im März-Heft 2018 berichtet, dass auf Initiative von Vizepräsident Manfred Muhr in Österreich die

Umsetzung der verpflichtenden Produktkennzeichnung für Milch und Fleischwaren nach französischem Vorbild im Regierungsprogramm der türkis-blauen Bundesregierung verankert wurde.

Was macht nun – rund ein Jahr später – die bäuerliche Mehrheitsfraktion? Sie fordert in ihrer Mitgliederinformation, der „Öster-

reichischen Bauernzeitung“, die Landwirte und Konsumenten auf, eine Resolution zu unterschreiben, die von der neuen Regierung, in der der Bauernbund den Landwirtschaftsminister stellt und die ÖVP das Wirtschaftsressort leitet, verlangt, was sich diese selbst vorgenommen hat.

Ing. Franz Schachinger

Das haben wir erreicht!



Bei der Vollversammlung Ende September wurden folgende Anträge eingebracht:

- Die durch Engerlinge geschädigten Flächen kostendeckend entschädigen *UBV und Grüne dafür; BB, FPÖ und SPÖ dagegen*.
- Die EU-Direktzahlungen vollständig an die Antragsteller noch vor Weihnachten ausbezahlen, so wie in Bayern. *UBV, SPÖ, FPÖ und Grüne dafür; BB dagegen*
- Den Schutz der Eigentumsrechte zu gewährleisten. Die Öffnung der privaten land- und forstwirtschaftlichen Wege für Mountainbiker ist nur auf vertraglicher Basis sowie durch die Zustimmung der Jäger und einer entsprechenden Entschädigung für die Grundeigentümer möglich. *UBV dafür; SPÖ, BB, FPÖ und Grüne dagegen*
- Die umgehende Umsetzung der Herkunftskennzeichnung von Lebensmitteln nach französischem Vorbild und eine klare und durchgehende Herkunftskennzeichnung in der Gemeinschaftsverpflegung (öffentlich und privat) – wie im Regierungsprogramm beschlossen. Dabei sind die Grenzwerte nach französischem Vorbild (ab 8 % Fleischanteil und ab 50 % Milchanteil) in be- und verarbeiteten Produkten einzuhalten. Das muss für alle Produkte gelten, die in Österreich verkauft werden, unabhängig davon, wo die Be- und Verarbeitung stattfand. Dies ist hin-

sichtlich zukünftig in Kraft tretender Freihandelsabkommen (CETA, Mercosur etc.) für die aktiven Bauern und den Konsumentenschutz unabdingbar. *UBV, SPÖ, FPÖ und Grüne dafür; BB dagegen*

- Den Treibstoff für den internationalen Flug- und Schiffsverkehr der Mineralölsteuer unterziehen. Die Einnahmen sollen als Entschädigung der Land- und Forstwirtschaft zur Verfügung gestellt werden. Die enormen Zuwachsraten im Flug- und Schiffsverkehr belasten immer mehr unser Klima und unsere Kulturen sowie das Wasser. Die Bauern sind die Hauptbetroffenen, jedoch nicht die Hauptschuldigen an dieser Entwicklung. *Einstimmig angenommen*

Antwort dazu aus dem Bundesministerium für Finanzen:

„Das der Resolution zugrunde liegende Anliegen ... ist ... unterstützenswert. Allerdings erscheint ein dahingehender Lenkungsingriff im Wege der Mineralölbesteuerung aus mehreren Gründen nicht sinnvoll bzw. nicht realisierbar. Die Befreiung von Treibstoff im internationalen gewerblichen Flug- und Schiffsverkehr ist sowohl innerhalb der Europäischen Union durch die Energiesteuerrichtlinie (2003/96/EG) als auch weltweit durch mehrere völkerrechtliche Verträge vorgesehen. Eine Änderung der Energiesteuerrichtlinie müsste einstimmig erfolgen, völkerrechtliche Verträge müssten neu verhandelt werden. Zur geforderten He-

ranziehung der Mehreinnahmen zur „Entschädigung der Land- und Forstwirtschaft“ ist darüber hinaus zu bemerken, dass die Mineralölsteuer gemäß Finanzausgleichsgesetz eine zwischen Bund und Ländern bzw. Gemeinden geteilte Abgabe ist. Eine derartige Zweckbindung würde zwangsläufig die Ertragsteile der einzelnen Gebietskörperschaften schmälern und den Grundsatz der Gesamtbedeckung beeinträchtigen sowie die Effizienz der Haushaltsführung gefährden.“

- Treffsicherheit der Hagelversicherung erhöhen! Aufgrund der beschlossenen 20 Mio. Euro aus dem von der Bundesregierung geschnürten Dürre- hilfspaket, die in die Hagelversicherung fließen und der künftigen Aufstockung zur Prämienzahlung von 50 % auf 55 %, als Gegenleistung eine Änderung der allgemeinen Vertragsbedingungen in der Hagelversicherung umsetzen. Dem Versicherungsnehmer muss mehr Mitbestimmungsrecht bei der Schadensfeststellung eingeräumt werden. Sämtliche Beurteilungskriterien zur Schadenserhebung sind zu ändern, damit die eingesetzten öffentlichen Gelder im Schadensfall höchste Treffsicherheit garantieren. *UBV dafür; FPÖ, SPÖ, BB und Grüne dagegen*

Die Anträge und deren Abstimmungen sind auch auf unserer Homepage www.ubv.at nachzulesen.

Ergebnisreiches Gespräch im Ministerium

Unter diesem Titel kündigten wir in der letzten Ausgabe auf Seite 13 an, weitere Details zu dem Gespräch mit Generalsekretär DI Josef Plank in Wien zu veröffentlichen. Folgend die Statements von DI Plank zu zwei aktuellen Themen.

Wiedereinführung der Mutterkuhprämie

Im europäischen Kontext wird zu beurteilen sein, ob mit der Produktion gekoppelte Prämien zukünftig eine geringere oder stärkere Rolle haben werden. Die gleiche Fragestellung wird auch u.a. von den Rübenbauern aufgeworfen. Diese Frage wird im nächsten Jahr intensiv diskutiert werden. Österreich vertritt die Position, dass gekoppelte Zahlungen grundsätzlich dazu neigen, Wettbewerbsunterschiede in den Regionen zu verstärken. Viel wichtiger wäre in Österreich eine Weiterentwicklung der bestehenden Qualitätsorientierung in der Mutterkuhhaltung (im Rahmen von QPlus), bei der beste Qualität und ein Mehrerlös über die erzeugten Produkte angestrebt wird. Ein Mehrerlös für die Bauern kann nur über mehr Qualität und eine gut organisierte Vermarktung erreicht werden.

Bürokratieabbau

Der Bürokratieabbau in der Abwicklung der Ausgleichszahlungen ist ein zentraler Punkt der Reform und dringend notwendig. Die Diskussionen zeigen derzeit folgenden Stand:

Die Europäische Kommission hat ein neues Fördermodell vorgeschlagen, wo den Mitgliedsstaaten viel mehr Spielraum über die Gestaltung eingeräumt wird. Damit sollten Flächenkontrollen

und der verbundene Aufwand reduziert werden können. Gleichzeitig wird die Grundlage für die Ausgleichszahlungen tendenziell erhöht, was die Einhaltung von Umwelt- und Naturschutzvorschriften betrifft. Außerdem sollen bis zu 40 % der Zahlungen die Bekämpfung des Klimawandels unterstützen. Derzeit ist noch offen, wie diese Maßnahmen konkret aussehen und einfach umgesetzt werden können. Bei vielen Mitgliedsstaaten und auch in Österreich besteht aber auch die Sorge, dass die Komplexität nur von der EU-Ebene auf die Mitgliedsstaaten verlagert werden könnte. Jeder Mitgliedsstaat - und damit auch Österreich - wird dann einen GAP Strategieplan entwickeln und der

Europäischen Kommission zur Genehmigung vorlegen müssen. Die Arbeiten dazu starten 2018. Wann die neue GAP-Periode in Kraft treten wird, ist derzeit nicht zu beantworten, da sowohl bei der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) als auch beim EU Budget unter österreichischer Präsidentschaft bis Jahresende 2019 kein Kompromiss möglich sein wird. Der Umstand, dass Ende Mai 2019 das Europaparlament neu gewählt wird und Ende 2019 eine neue Europäische Kommission bestellt wird, führt jedenfalls zu Verzögerungen. Die Arbeiten in Österreich für eine einfache, aber zielorientierte Umsetzung der neuen Programmperiode werden konsequent weitergeführt.



KR Hannes Winklehner UBV OÖ, LKR Johann Herbst Obm.-Stellv. UBV Stmk, Generalsekretär DI Josef Plank, Bundesobmann ÖR KR Karl Kerpinger, ÖR KR Johann Großpötl Kassier und Organisationsreferent UBV OÖ, Franz Josef Dorninger UBV NÖ (vlnr)

„... wovon sie besonders schwärmt wenn es wieder aufgewärmt...“

Gemeint ist das Sauerkraut der Witwe Bolte in Wilhelm Buschs Max und Moritz. Nein, nicht das der UBV in die Literaturkritik einsteigt, vielmehr geht es um das heiße Thema Herkunftskennzeichnung.

Im ersten Kochgang wurde dazu im Regierungsprogramm der Bundesregierung festgelegt:

1. Verpflichtende Herkunftskennzeichnung von Lebensmitteln (Fleischprodukte, Milch, Eiprodukte, verarbeitete Produkte und Milchprodukte) nach dem Vorbild Frankreichs (ab 8 % tierischer Anteil) zunächst auf nationaler Ebene, danach auf EU Ebene.
2. Verpflichtende nationale Kennzeichnung der Lebensmittelherkunft in Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung (öffentlich und privat)
3. Anreizsysteme zur Herkunftskennzeichnung von Fleisch und Eiern in der Gastronomie

Das fordert auch der UBV, und trotzdem wurde der diesbezügliche Antrag des UBVs (s. S. 6) nur von den Vertretern des BB abgelehnt! Der agrarpolitische Fachmann staunt, der Laie wundert sich, aber vielleicht liegt des Rätsels Lösung doch in der Küche. Denn der BB als ÖVP-nahe Organisation kann es vielleicht nicht zulassen, dass sich jemand anderer den Topf mit dem Kraut zum Aufwärmen klaut. Denn das, was der BB jetzt inszeniert, ist ja – siehe oben – bereits im Regierungsprogramm fixiert!

Um es klar zu sagen: Der UBV bekennt sich eindeutig für eine klare Interessensvertretung für die Bauern. Parteipolitik spielt

keine Rolle. Und was der BB in der derzeit laufenden Kampagne von sich gibt, ist ja richtig:

Mit der Aktion Gut zu Wissen (gegründet 2015 von der LK Österreich für die freiwillige Herkunftskennzeichnung bei Fleisch und Eiern in der Gemeinschaftsverpflegung) wird dem Wunsch der Konsumenten nach einer besseren Herkunftskennzeichnung von Lebensmitteln Rechnung getragen. 68 % der Österreicher wünschen sich eine Herkunftskennzeichnung bei Lebensmitteln, auch bei der Verpflegung außer Haus. Für unsere kleinstrukturierte bäuerliche Landwirtschaft ist es eine Überlebensfrage, dass unsere heimischen Produkte von den Konsumenten in den Regalen oder in der Gemeinschaftsverpflegung gekauft werden. Mit dem AMA-Gütesiegel ist in den vergangenen Jahren eine Basis geschaffen worden, auf der man hier weiter aufbauen kann. Soweit die Fakten.

Unterschriften wofür?

„Wir sind froh, dass wir die verpflichtende Herkunftskennzeichnung im Regierungsprogramm verankern konnten“, unterstrich BB-Präsident NR Georg Strasser in einer Aussendung vom 7. September. Und in der gleichen Aussendung: „Darüber hinaus werden wir Unterschriften sammeln für die Umsetzung unserer Forderungen im Regierungspro-

gramm“, so Strasser.

Ist doch schon im Regierungsprogramm, oder doch nicht?

Polemik? Von wem?

Bei der Vollversammlung der OÖ Landwirtschaftskammer wurde also die Forderung des UBV nach der Umsetzung der Herkunftsbezeichnung nur vom BB abgelehnt. Kommentar dazu: Das ist keine Politik, sondern Polemik und Populismus. Aha! Die Forderung, eine Regierungsvereinbarung umzusetzen ist also Polemik.

Begründung des BB für die Ablehnung des UBV-Antrages: „Das ist in Umsetzung und kann nur schrittweise erfolgen,“ so BB-Direktorin Maria Sauer. Aber davon steht nichts im Regierungsprogramm!

Der UBV fordert daher den BB auf, die Koalitionsvereinbarung in der Bundesregierung nicht zu blockieren!

Und wenn der BB in seiner Küche die Regierungsvereinbarung für sich nochmals aufwärmen will – nichts dagegen! Aber bitte keinen eigenen Senf (schrittweise,...) dazugeben, das Kraut der Regierungsvereinbarung ist würzig genug und wartet nur noch drauf, serviert = umgesetzt zu werden!

Statistik, Bikini und Grüner Bericht

Es gibt spannendere Lektüren als Statistiken, doch wer sie richtig lesen kann, kann damit eine Menge politischen Sprengstoff herstellen. Das wissen auch die Herrschenden, somit wird vor der Veröffentlichung an den Zahlen gefeilt. Traue keiner Statistik, die du nicht vorher selbst gefälscht hast, lautet daher ein gängiger Spruch. Das Ergebnis: Eine Statistik wird zum Bikini: Enthüllt Interessantes, aber verbirgt Wesentliches.

Und jetzt zur Sache, zum Grünen Bericht: Etwa 2.000 Betriebe liefern dazu freiwillig ihre Buchführungsdaten. Der Rechnungshof hat das System durchleuchtet und aus mehreren Gründen Änderungen empfohlen. Mehr

nicht! Und dennoch wurden ohne zwingenden Grund die kleineren Betriebe herausgenommen und größere dazu genommen – der neue Auswahlrahmen für den Standardoutput ist von 15.000 bis 750.000 Euro; vorher war die Erfassungsuntergrenze 8000 Euro, die Obergrenze lag bei 350.000 Euro.

Das wurde bereits 2016 entschieden. Das heißt: Die Kleinen wurden einfach rausgeschmissen, und so stieg „statistisch“ das Einkommen um ca. 20 %. Das Ergebnis wurde elegant geschönt.

Glaubwürdigkeitslücke

Der Rechnungshof hatte sicher gute Gründe für seine Empfehlungen zur Änderung der Agrar-

statistik, Agrarpolitik ist aber nicht seine Aufgabe. Landschaftspflege, Landwirtschaft in benachteiligten Gebieten, Bergbauern – das sind doch die Kleinbetriebe, die jetzt aus der Statistik fallen, gleichzeitig aber in jeder agrarpolitischen Sonntagsrede als die Gruppe herausgestellt wird, für die sich die Agrarpolitik ganz besonders einsetzt. Interessant also, dass die Einkommen steigen, wesentlich aber, eine ganze Gruppe aus der Statistik fällt und von den wichtigen Entscheidungsträgern wohl nur noch als Hobby-Landschaftspfleger wahrgenommen wird. Interessante Zahlen, doch der Bericht sendet im Wesentlichen ein falsches Signal.

RH

Wenn der Verstand geht und die Gefühle bleiben

So lautet der Untertitel eines Filmes zum Thema Altersdemenz. Christine Ketter, die Gattin unseres Mitglieds Karl Ketter, hatte die Idee zu diesem Film, die dann von Sohn David und Marcus Josef Weiss umgesetzt wurde.

Die Dokumentation soll pflegenden Angehörigen eine Hilfestellung zum Umgang mit demenzkranken Personen sein. An Hand von Beispielen wird auf die Problematik im Zusammenleben mit dementen Personen eingegangen. Der Film wurde in den Gemeinden und den Al-

ten- und Pflegeheimen des Bezirkes Schärding aufgelegt und ist dort kostenlos erhältlich. Unter www.shv-schaerding.at/film-demenz kann er im Internet angesehen werden.

Ein weiterer Film des Teams Weiss/Ketter kommt 2019 in die Kinos. „Erzähl mir deine Geschichte“ behandelt das Thema Beziehungsaufbau und Beziehungspflege in der Altenpflege. Beziehungsarbeit wird ein immer wichtigeres Thema, nicht nur in der Pflege. Viele Arbeitsabläufe sind hochkomplex, erfordern zur

Bewältigung Teams – da müssen die Leute untereinander klar kommen. Hauptanliegen des Films ist es, Menschen zu Achtsamkeit zu inspirieren, denn damit wäre viel zu erreichen. Beziehungen können wesentlich besser funktionieren.

Ob aus der Altenpflege mögliche Lösungen für vielerlei gesellschaftspolitische Probleme kommen könnten? Der Film premiere darf jedenfalls mit Spannung entgegen gesehen werden.

Agrarpolitik so nicht nachhaltig

Sinkende Selbstversorgung, rasante Versiegelung wertvoller Böden, ungebremster Strukturwandel – die Statistik zeigt, dass es so nicht weitergehen kann. Folgend ein paar brisante Fakten.

Ein Blick in die aktuellen Ernährungsbilanzen (2015/2016) der Statistik Austria macht deutlich, dass die Selbstversorgung bei Getreide 95 % betrug, bei Gemüse nur 58 % und bei Obst 27 %. Bei pflanzlichen Ölen wird nur rund ein Drittel des Bedarfs aus der Inlandproduktion gedeckt. Bei Geflügel stammen etwa 68 % des Verbrauchs aus heimischer Erzeugung, hingegen beträgt der Selbstversorgungsgrad bei Konsummilch 166 %, bei Rind- und Kalbfleisch wurde er mit 141 % berechnet. Bei Schweinefleisch waren Erzeugung und Verbrauch im Bilanzjahr 2015/2016 ausgeglichen.

Der Selbstversorgungsgrad (SVG) ist tendenziell rückläufig. Die steigende Bevölkerung und die Abnahme der landwirtschaftlichen Flächen sind dafür wichtige Gründe. Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) stellt in der Studie „Land- und Forstwirtschaft – Grundlagen für eine differenzierte Bewertung“ fest: Ernährungssicherung in Zeiten sich rasch ändernder politischen Rahmenbedingungen und Wetterverhältnisse stellt eine große politische Herausforderung auch im Kampf gegen den Hunger in der Welt dar.

Steigende Ernährungsausgaben und nationaler Handlungsbedarf

Im „Agrarischen Ausblick 2025“ der LK Österreich wird mit über-raschender Deutlichkeit festge-

stellt, dass die Zahl der bäuerlichen Betriebe in den nächsten zehn Jahren von derzeit 162.000 um weitere 25 % zurückgehen könnte. Im Jahre 1980 standen noch 3.640 m² landwirtschaftliche Fläche pro Einwohner zur Verfügung, 2017 sind es nur mehr 2.650 m². Nach Berechnungen der Bundesanstalt für Agrarwirtschaft ernährte ein Landwirt in Österreich vor drei Jahrzehnten 76 Personen, 2017 waren es schon 117. Den letzten verfügbaren Daten der Statistik Austria ist zu entnehmen, dass die Ausgaben für Nahrungsmittel steigen und etwa 353 Euro pro Haushalt und Monat betragen. Der Anteil der Aufwendungen für Ernährungsgüter an den Gesamtausgaben geht allerdings zurück und liegt bei 12 %. In diesem Zusammenhang ist allerdings auch zu berücksichtigen, dass gemäß neuem Bericht „Sozialstaat Österreich“ 1,542.000 Menschen, rund 18 % der Bevölkerung, als

armutsgefährdet eingestuft werden. Der Betrag für Alleinstehende als Beurteilungskriterium für die Armutsgefährdung wurde mit 1.185 Euro pro Monat festgelegt.

Die zunehmende Bodenversiegelung in Österreich nimmt laut Umweltbundesamt bedenkliche Ausmaße an und wirkt sich negativ auf das Mikroklima aus. Fast 13 ha Land werden jeden Tag in Österreich verbaut. Das Umweltbundesamt stellt fest, dass nur 2,5 ha nachhaltig wären.

In den vergangenen 15 Jahren hat sich die Fläche des Dauergrünlands um mehr als 330.000 ha auf etwa 1,205.600 ha vermindert.

Rund 75 % der Nahrung stammen von 12 Pflanzen- und 5 Tierarten. Von 10.000 essbaren Pflanzenarten werden nur 200 genützt.

Prof. Gerhard Poschacher



Es wird zuviel Boden verbaut, das ist nicht nachhaltig.

Jahreshauptversammlung Salzburg

UBV Landesobmann Stefan Weiß konnte am 25. November 2018 ungefähr 80 Mitglieder zur Jahreshauptversammlung in Kuchl in der Gallinstube begrüßen. Nach der Begrüßung und einer Gedenkminute für den viel zu früh verstorbenen UBV Kammerrat Fritz Reichl konnte Franz Wieder aus Henndorf als neuer LWK-Rat vorgestellt werden. Danach umriss der Obmann in seinem Bericht die Themen „Einheitswerterhöhung und Sozialversicherung“. Die Erhöhung der EHW ergibt für die Bauern Mehrkosten von 250 bis 300 Mio. Euro/Jahr. Außerdem wurden die Themen „Dürre“

und die geplante Notzulassung für „Neonikotinoide“ in Niederösterreich angesprochen. Bei der neuen GAP war die Kürzung der EU-Gelder das beherrschende Thema, wobei für den UBV Salzburg die Verteilung der Gelder das größere Dilemma darstellt. Zum Problem 380 KV-Freileitung berichtet Obmann Weiß, dass sich die Lage für die betroffenen Grundbesitzer verbessert hat, weil es ein für sie positives Urteil des EuGH gibt. Das Thema Wolf ist in Salzburg derzeit ein Problem – aber deswegen, weil keiner mehr da ist und daher die Diskussion darüber einschläft.

Zuletzt bedankte sich der Obmann bei seinem Vorstand für die gute Zusammenarbeit und bei den Mitgliedern für ihr Kommen.



Landesobmann Stefan Weiß.

Neuer Landesobmann in NÖ

Am Landesverbandstag des UBV NÖ, Burgenland und Wien am 4. November in Pöchlarn wurde nach den Berichten von Landesobmann Dorninger, Bundesobmann Keplinger und Organisationsreferent Großpötzl der Vorstand neu gewählt. Der Obmann-Kandidat Herbert Hochwallner stellt sich vor: Hochwallner führt in St. Peter/Au einen Grünland-Biobetrieb mit Heumilcherzeugung mit 52 ha Grünland und 15 ha Wald, davon sind 20 ha Pachtfläche. Als drittes Standbein betreibt er seit 2013 eine Holzgas-KWK-Anlage. Er ist gelernter Maurer und Zimmerer, wobei er als Zimmerer auch die Meisterprüfung abgelegt hat und seit 1995 eine kleine Zimmerei betreibt. Hochwallner ist verheiratet und hat 3 Kinder. Die Wahl wird vom Bundesobmann durchgeführt und Herbert Hochwallner wird neuer Landesobmann. Robert Eder folgt Peter Offenberger als Kassier nach. Der neue Obmann bedankt



Der neue Landesobmann Herbert Hochwallner, flankiert von Organisationsreferent ÖR Johann Großpötzl (l) und Bundesobmann ÖR Karl Keplinger (r)

sich bei dem bisherigen Vorstand und den Mitgliedern für die geleistete Arbeit und freut sich auf eine konstruktive und tatkräftige Zusammenarbeit. Den Schlusspunkt macht Adolf Riautschnig, früherer Bundesobmann des UBV aus Kärnten, der sein Buch „Bauern im Untergang – Gedanken zu Gegenwart und Zukunft des Bauerntums“ vorstellt. Der bäuerliche Existenz-

kampf wird darin ungeschönt dargestellt.

Buch „Bauern im Untergang“
ISBN 978-3-943506-47-1
Preis: 17,50 Euro
Direktbezug Verlag:
Tel.: 0049 9221 4078416
oder info@vb-sabat.de

Nachruf Franz Reichl

Der Unabhängige Bauernverband Salzburg trauert um einen Mitstreiter und Freund. Unser Landwirtschaftskammerat Fritz Reichl hat sich immer mit voller Kraft für die Bauern, insbesondere für die Milchbauern in Salzburg und ganz Österreich eingesetzt. Wir wünschen seiner Familie viel Kraft und Mut in dieser schwe-

ren Zeit. Wir werden unseren Fritz vermissen und ihm stets ein ehrenvolles Andenken bewahren.

*Für den UBV-Salzburg
Stefan Weiß und alle UBV-Mitglieder*



Karl Ketter zum Ökonomierat ernannt



Foto: UBV

Zu ÖR Karl Ketters Gratulanten zählten unter anderem Klaus Wimmerberger, Johann Großpötzl, Karl Keplinger, Hannes Winklehner, Bio Austria Bundesobfrau Gertraud Grabmann, FIH Obmann KR Johann Hosner und Ing. Leopold Doppler (ehem. BBK-Leiter Schärding).

Für seine großen Verdienste für die Landwirtschaft und die ländliche Gesellschaft wurde Karl Ketter der Berufstitel Ökonomierat verliehen. Ende September feierte der 60jährige Taufkirchner seine Auszeichnung gemeinsam mit Freunden und Weggefährten. Zahlreiche Gäste folgten seiner Einladung und gaben ihm die Ehre. Bio-Austria Bundesobfrau Gertraud Grabmann und Josef Hechinger, Bio-Bauer der ersten Stunde und Gründungsmitglied

des Bio-Bauernstammtisches Schärding, würdigten seine Leistungen in der Bio-Branche. Ketter sei ein Pionier der Bio-Landwirtschaft. UBV-Landesobmann Karl Keplinger würdigte ebenso seinen unermüdlichen Einsatz für Berufskollegen und berichtete sowie auch Sohn David Ketter unter anderen über heitere Episoden aus dem Leben des Gratulanten. Auch die musikalischen Talente Ketters konnten die Gäste kennenlernen. In seinen jungen Jahren war Karl

Ketter Gründungsmitglied und Obmann-Stellvertreter der JVP St. Florian am Inn sowie Mitglied der Jungbauernschaft des Bezirkes Schärding. 1995 gründete er den Biobauern-Stammtisch Schärding. Aufgrund der damals geringen Anzahl an Bio-Betrieben war das Fortbildungsangebot der Landwirtschaftskammer klein. Ketter und seine Weggefährten trafen sich einmal pro Monat, um sich auszutauschen. Bio-Arbeitskreise gab es damals noch nicht. 2003–2009 war Ketter Landwirtschaftskammerrat und Fraktionsobmann des UBVs. 2009–2015 war er im LK-Ausschuss für Bildung und Beratung. Zurzeit engagiert er sich im LK-Ausschuss für Biolandbau und Direktvermarktung. Seit seinem 18. Lebensjahr bewirtschaftet Karl Ketter den elterlichen landwirtschaftlichen Betrieb mit Milchkühen und Ackerbau und stellte 1995 auf biologische Arbeitsweise um. Gerade in den ersten Jahren nach seiner Umstellung sei er von Vielen belächelt worden, erzählte Ketter. Bio-Landwirtschaft war damals noch zu exotisch

für viele Landwirte. In den vergangenen 23 Jahren habe sich aber das Bild gewandelt. Weitere Landwirte stellten auf Bio um und die Idee Bio-Landwirtschaft stößt auf immer mehr Zuspruch. „Das ist eine späte Bestätigung für unsere Entscheidung“, erzähl-

te Ketter in seiner Ansprache. Er dankte seiner Frau für ihre Unterstützung: „Heute sollte es nicht nur um mich gehen, weil wir entscheiden als Familie.“ In der stärkeren Zusammenarbeit zwischen landwirtschaftlichen Betrieben sieht ÖR Karl Ketter eine Zukunft

für die Landwirtschaft. Gerade für kleine Betriebe bieten Kooperationen ein großes Potenzial. Der Bio-Pionier wird sich auch in Zukunft weiter für den Bio-Landbau und für seine Berufskollegen stark machen. Er bleibt ein Bio-Pionier, auch als Ökonomierat.

Nachruf Kurt Possegger

Kurt Possegger, der Kärntner Bauernsohn, den es nach der Schule nach Deutschland verschlagen hatte, um seiner Arbeit als freier Journalist nachgehen zu können, ist am 11. November 2018 verstorben. Seine Tätigkeit begrenzte sich nicht nur auf viele agrarische Fachzeitschriften, sondern er war auch für so

manchen Agrarpolitiker ein unbequemer Fragesteller. Durch seine fachliche wie auch politische Anschauung besuchte er auch jedes Jahr die „Grüne Woche“ und lud sich dabei auch immer wieder Freunde ein zum Mitgehen. Für uns im Bauernverband war der Verstorbene einige Jahre als Bundessekretär, als Ver-

sammlungsredner, wie auch als Organisator tätig. Mit ihm haben wir einen Freund verloren, der kritisch die gängige Agrarpolitik über Jahrzehnte kommentiert hat, und dafür auch manchmal von den Parteibauernorganisationen nicht gerade freundlich behandelt wurde.

Ein Vordenker wurde 90!

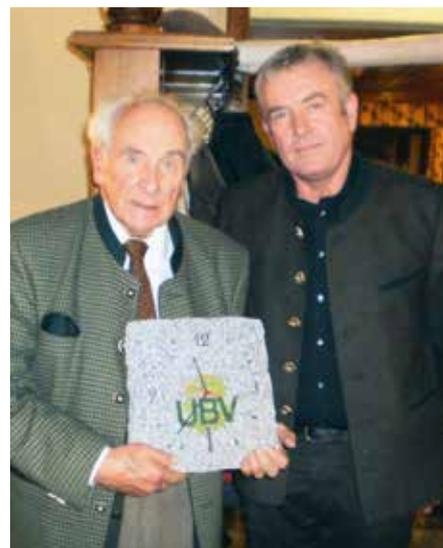
Der UBV gratuliert Gerhard Nowotny zum 90er, den er am 12. Oktober im Kreise seiner Familie gefeiert hat, recht herzlich.

Als einer, der von der Gründung des Bauernverbandes an immer aktiv als Schreiber und Redner war, war auch die Achtung der anderen Fraktionen in der Landwirtschaftskammer vor seiner Sachlichkeit groß. In all den Jahren als Obmann des „Bäuerlichen Pressevereins“ war sein Bestreben, den Lesern Argumente zu geben, wie eine bäuerliche Standesvertretung in der Sozialpartnerschaft und in der Preiskommission zu argumentieren hat, um ein gerechtes Einkommen für die Berufskollegen zu erreichen. Mehr als 50 Jahre schrieb der Jubilar, stellte Artikel zusammen und machte die Bauernverbandszeitung fertig, und das neben der Arbeit auf seinem Betrieb. Oft-

mals sagte Gerhard Nowotny, der mit 17 Jahren von der Schule weg als Luftwaffenhelfer zum Militär musste: „Das Wichtigste ist die Familie und der Betrieb. Wenn das in Ordnung ist, dann kannst du hinausgehen und deine Meinung vertreten“. Und seine Meinung zur Agrarpolitik wurde in unzähligen Versammlungen, die er als Landesobmann von Oberösterreich und als langjähriger Bundesobmann durch seine klare und ruhige Sprache prägte, oftmals gehört.

Mit seiner Frau Gerda führte er den Passauerhof, einen Ackerbaubetrieb, der schon sehr lange auch auf Direktvermarktung von Obst, Säften, Eiern und lange Zeit auch Christbäumen Wert legte. Der betriebliche Weg wird fortgesetzt von seinem Sohn Peter; und mittlerweile ist bereits der Enkelsohn am Betrieb, worauf der Opa sehr stolz ist.

Wir alle wünschen dir, Gerhard, dass du mit deiner Freude am „gartln“ uns auch weiterhin mit deinem Wissen zur Seite stehst, und Gesundheit für das nächste Jahrzehnt.



Präsident ÖR Karl Keplinger überreicht Jubilar Gerhard Nowotny ein zeitloses Geschenk.

UBV-Studienreise in die Slowakei

15. – 18. April 2019

Programm

1. Tag – Montag, 15. April 2019

- Abfahrt ab Wels, Zustiegstellen entlang der Route
- Mittagessen und Treffen mit der einheimischen deutschsprachigen Reiseleitung
- Treffen mit Vertretern vom slowakischen Landwirtschaftsamt.
- Weiterfahrt in die Hohe Tatra. *Die Hohe Tatra ist ein Teilgebirge der Tatra, ist der höchste Teil der Karpaten und gehört zu zwei Drittel zur Slowakei, zu einem Drittel zu Polen. In beiden Ländern steht sie jeweils als Teil eines Nationalparks unter besonderem Schutz, gleichzeitig ist sie Biosphärenreservat der UNESCO.*
- Abendessen und Nächtigung.

2. Tag – Dienstag, 16. April 2019

- Fahrt nach Vazec
- Besichtigung eines Bio-Betriebes mit Rinder, Schafe, Ackerbau und Käseherstellung
- Weiterfahrt nach Levoca
- Stadtspaziergang und Besuch der St. Jakobs Kirche. *Die St. Jakobs Kirche ist die zweitgrößte Kirche in der Slowakei. Ihre Rarität ist der Hauptaltar. Aus Holz hergestellt, 18,6 m hoch und 6 m breit, ist er der höchste hölzerne spätgotische Altar in der Welt.*
- Mittagessen
- Besichtigung Burg Zipser. *Es ist ein wundervoller und monumentaler Bau. Er erstreckt sich auf einer Fläche von ca. 4 ha und gehört zu den größten Burgkomplexen in Europa.*
- Abendessen und Nächtigung.

3. Tag – Mittwoch, 17. April 2019

- Transfer nach Hronsek
- Besichtigung der Holzkirche. *Nach einer einjährigen Bauzeit wurde diese Holzkirche im Jahre 1726 eingeweiht. Der Grundriss ist in Form eines Kreuzes. Einmalig ist die Anordnung der 1100 Sitzplätze wie in einem Amphitheater.*
- Besichtigung eines Schafzuchtbetriebes inkl. Verkostung
- Mittagessen in Zvolen
- Besichtigung eines lw. Betriebes in Ruzindol.
- Weiterfahrt nach Bratislava, Abendessen und Nächtigung

4. Tag – Donnerstag,

18. April 2019

- Stadtbesichtigung in Bratislava. *Als Landeshauptstadt ist Bratislava nicht nur Sitz der slowakischen Regierung – Bratislava ist auch ein kulturelles und touristisches Zentrum. Egal, ob die imposante Preßburg auf dem Burgberg oder der beeindruckende Martinsdom.*
- Mittagessen
- Heimreise

Programmänderungen vorbehalten

Leistungen:

- Rundreise im Reisebus laut Programm (inkl. MWSt., Mauten, Steuern und Gebühren im In- und Ausland, Road Pricing in Österreich)
- 3 x Nächtigung/Frühstück in guten Mittelklassehotels auf Basis DZ/DU/WC
- 4 x Mittagessen, 3 x Abendessen
- Gebühren für alle lw. Betriebsbesichtigungen lt. Programm
- Einheimische, deutschsprachige Reiseleitung ab/an Bratislava

Preis pro Person bei 30 Reisteilnehmer: 675 Euro

Einzelzimmerzuschlag: 99 Euro

Anmeldeschluss:

15. Februar 2019

Buchung unter 0650 26 24 245 oder office@ubv.at



Die besten Pflanzenschutz - Lösungen - für Ihren Erfolg!



Kostengünstig, hoch wirksam, nachhaltig und umweltfreundlich

- Allgemeiner Pflanzenschutz, **industriunabhängig**
- **Innovationen, echte – nachhaltige - Problemlösungen**
als Ersatz für immer weniger zugelassene Wirkstoffe
- Versuchsergebnisse, Ertrags- und Qualitätssteigerung auf Ihrem Feld!
Was leisten die Innovationen wirklich?

Einladung

zu unseren Vortragsterminen:

Datum	PLZ	Ort Gasthaus		
Donnerstag 24.01.2019	4101	Feldkirchen Wirt in Pesenbach	19:00	Feldbau
Montag 28.01.2019	4926	St. Marienkirchen Eichmair	19:30	Feldbau, Maisadour
Donnerstag 07.02.2019	4623	Gunskirchen Dumfart „Wirt in Straß“	19:30	Feldbau mit BIV

*Jetzt Termin
vorkmerken!*

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme!
Für Speis und Trank ist gesorgt!

03182 6262 21

office@oget.at

Veränderung

Über 200 Millionen Euro Schaden haben wir 2018 durch den Klimawandel zu dulden. Was ist schuld? Ein Wirtschaftssystem auf der Basis von Wachstum und Gewinnmaximierung, das mehr Ex- und Importe verursacht und damit den Straßen-, Flug- und Schiffsverkehr explodieren lässt? Der Landfraß? Hilfe für uns Hauptbetroffene durch Senkung der zu Unrecht erhöhten Einheitswerte, eine klare Herkunftskennzeichnung, wie im Regierungsprogramm verankert, wird vom Bauernbund abgelehnt.

Lieber verkauft er das Bauernsterben als gesunde Strukturreform, rühmt sich mit einem geschönten Bauerneinkommen, findet die Entschädigung der Hagelversicherung als genug und belohnt sie mit 20 Millionen Euro aus der Dürreilfe. Die Chance, dass der einstimmige UBV Antrag, eine Mineralölsteuer für Flug- und Schiffs-treibstoff als Entschädigung für uns Bauern, von Bauernvertretern die ein Nationalratsmandat einer Wirtschaftspartei genießen umgesetzt wird, ist gering. Dar-

um die notwendige Veränderung, UBV.



KR Hannes Winklehner kritisiert die Haltung des BB

Veranstaltungen

5.1.2019

Landesverbandstag UBV OÖ mit Gastredner: Josef Moosbrugger, Präsident der LK Österreich, Gasthaus Urthof Peham in 4722 Peuerbach

13.3.2019

VV der LWK OÖ in Linz, Auf der Gugl 3

15.–18.4.2019

Studienreise in die Slowakei

Dem UBV verbunden:

F! Tafelrunde Agraria

Die älteste Studentenverbindung Wieselburgs!

www.tafelrunde-agraria.oepr.at
0664/73519548

Schau vorbei!!



Impressum und Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Herausgeber und Medieninhaber: Unabhängiger Bauernverband, Grub 8, 4771 Sigharting, 0664/2540898, office@ubv.at, www.ubv.at.
Vereinsleitung: ÖR Karl Keplinger, Piberstein 11, 4184 Helfenberg; Stv.: Dipl.-Päd. Klaus Wimmesberger, Klinget 15, 4742 Pram; Hannes Winklehner, Galgenau 5, 4212 Neumarkt i. M.; Ilse Feldbauer, Geiselham 1, 4762 St. Willibald, Elfriede Hemetsberger, Meislgrub 4, 4872 Neukirchen a.d. Vöckla, Gudrun Roitner, Appersberger Straße 38, 4073 Wilhering. Kassier und Organisation: ÖR Johann Großpötl, Grub 8, 4771 Sigharting. Bankverbindung: IBAN: AT92 2032 0321 0035 6455
Schriftführer: Werner Neubacher-Krenmeier, Leppersdorf 4, 4612 Scharthen Redaktion: Dr. Rudolf Hönle, Kadettengasse 29/4, 8041 Graz, 0664/73629103, hoenle@aon.at. Blattlinie: Mitglieder- und Interessenteninformation. Hersteller/Druck: RehaDruck, 8051 Graz.
Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen; für den Inhalt haften allein die Autoren.



RehaDruck
sozialfair

Wir denken in
Schnittmarken und
Falzkanten.

Beratung | Gestaltung | **Offset-/Digitaldruck** | Fertigung | Veredelung

Reha Dienstleistungs- und Handels GmbH
Viktor-Franz-Straße 9 | A-8051 Graz | T (0316) 68 52 55 | rehadruck@rehadruck.at | www.rehadruck.at

MZ 02Z030371 M P.b.b.
Verlagspostamt: 8000 Graz

Retouren bitte an:
Johann Großpötl, Grub 8, 4771 Sigharting